



70. Parteitag der CDU Rheinland-Pfalz

„Wir in Rheinland-Pfalz. Unser gemeinsamer Weg“

**Julia Klöckner MdL
CDU Landes- und Fraktionsvorsitzende**

Wittlich, 19.11.2016

- Es gilt das gesprochene Wort -



1. Landtagswahl, Bundestrend und Protestparteien

I. Wahlniederlage ist schmerzlich, gerade, wenn die Motivation und der Einsatz so hoch waren

Anrede,

Das Jahr 2016 ist für die CDU kein leichtes Jahr.

Und ich gebe zu, es gibt Reden, die sind einfacher zu halten als die heutige.

Wir haben einen Wahlkampf und eine Wahl erlebt, in die wir alle so viel Energie gesteckt haben –

so viele **Ideen und Hoffnungen**.

Und doch stand dann am Ende eine schmerzliche **Niederlage**.

Diese Wahl, liebe Freunde, haben wir, habe ich verloren.

Das tat und das tut weh.

Und ich weiß, das geht nicht nur mir so.

Wir haben gekämpft.

In Fußgängerzonen, in Hallen, an Türklinken.

Jeder hier mit **maximalem Einsatz**.

Wir haben ernsthafte, engagierte Politik betrieben. Wir tun das auch heute.

Und ich möchte den Kollegen der CDU-Landtagsfraktion für ihre Arbeit danken.

Wir waren die inhaltlichen Taktgeber während der gesamten Legislaturperiode.

Ich möchte ein **ehrliches Danke an Euch, unsere Mitglieder und Mitstreiter und Mitarbeiter richten**, die im Landtagswahlkampf ihr Bestes gegeben und voller Überzeugung für unsere Ideen gekämpft und geackert haben.

Danke all´ unseren Kandidatinnen und Kandidaten, die in den Wahlkreisen für einen Politikwechsel im Land gerannt sind. **Danke auch allen Helfern und Unterstützern und meinem Kompetenzteam.**



Bei aller Enttäuschung – Euer Einsatz, unser geschlossenes Auftreten als Partei, das war überwältigend!

Auch mit etwas zeitlichem Abstand bleibe ich dabei – und ich weiß, viele von uns sehen das ähnlich:

Wohl noch nie zuvor war unsere Partei so geschlossen, so motiviert und mobilisiert, wie zur Landtagswahl 2016.

Uns gegenüber stand eine **Landesregierung**, die Rheinland-Pfalz um Chancen gebracht und Fehler über **Fehler** gemacht hat.

Insolvenzen, Geldverschwendung, Schulden, Unterrichtsausfall ...

Aber wenn das alles nicht gereicht hat, so müssen wir uns fragen:

Was können wir noch besser machen?

Und welche Fehler und **Umstände** gab es, die den Ausschlag gegeben haben?

Unsere **Kommunikation** war sicher nicht immer perfekt. Das ein oder andere Plakat würde ich heute anders machen, das ein oder andere **Thema**.

Am Ende haben dann bundespolitische Themen nahezu alles überlagert.

Und es ist nur ein schwacher Trost, dass uns die Entwicklung heute Recht gibt.

Viele Forderungen und Vorschläge, für die wir vor wenigen Monaten noch beschimpft, bekämpft und kritisiert wurden, sind heute selbstverständlich.

II. Wir sind uns treu geblieben, unsere Haltung wird nun bestätigt

Und das ist, was uns ausmacht und von anderen unterscheidet:

Wir sind unserer Haltung stets treu geblieben.

Gerade in der **Flüchtlingspolitik** sehen wir uns heute bestätigt in unserer Position, die wir schon lange vor der heißen Wahlkampfphase eingenommen haben.



Wir haben ein **offenes Herz** gezeigt, aber auch auf die **Einhaltung von Recht und Ordnung** wert gelegt. Wir haben darauf gedrängt, zu unterscheiden, wer eine Bleibeperspektive hat – und wer nicht. Gerade im Sinne des Asylrechts und der wirklich Schutzbedürftigen.

Anrede,

Wir sind es unseren Wählern schuldig, dass wir unsere politischen Ideen weiter verfolgen und für die Umsetzung, eintreten!

III. Protestwähler versenden Denkmittel, Protestparteien schüren Angst

Diese Wahl wurde auch ganz wesentlich entschieden durch **Protestwähler**.
Sonst gäbe es im Landtag jetzt nicht fünf Fraktionen.

Die **Stimmenwanderungen** zur AfD, die uns auch den Wahlsieg gekostet haben, waren wohl weniger landespolitisch motiviert.

Ein Großteil der Protestwähler hat die Stimmabgabe als Denkmittel verstanden.

Die vielen Veränderungen, die großen Flüchtlingsbewegungen, die Schlagzeilen und die **Globalisierung** und **Digitalisierung** überfordern recht viele Menschen. In Rheinland-Pfalz, wie überall, sie fühlen sich abgehängt, unsicher, überlastet.

Während Wirtschaft und Politik von den großen **Chancen** der Digitalisierung und TTIP sprechen, macht sich bei vielen Bürgern eine diffuse **Angst** breit.

Was Politik leisten muss, das ist, den Menschen **Heimat** zu geben, die Veränderungen positiv zu steuern – und zwar so, dass wir als Gemeinschaft Vorteile daraus ziehen und mögliche Nachteile für den Einzelnen abfedern.

In einer globalisierten Welt ist auch die Politik global, egal, ob auf kommunaler, auf Landes- oder Bundesebene.



Wir haben das in der Flüchtlingskrise erfahren.
Fluchtursache in Syrien - direkte Auswirkungen in Hermeskeil.

So treiben Fragen die Bürger um:

- Habe ich im Alter eine auskömmliche **Rente**?
- In welcher **Gesellschaft** werden meine Enkel groß, wenn Zuwanderung das Gesicht des Dorfes und der Stadt verändert?
- Leben die **Religionen** friedlich zusammen?
- Wer wird mich **pflügen**?
- Kann ich mir die **Mieten** noch leisten oder ist mein altes Haus auf dem Land noch was wert?
- Was ist mit meinem **Ersparnen**, wenn es keine Zinsen mehr bringt?

Fragen und Ängste - die geschürt werden von „Vereinfachern“.
Ob sie nun Front National heißen, UKIP, Trump oder AFD.

Angst ist eines der stärksten menschlichen Gefühle.
Angst ist ein Schutzreflex.
Angst kann aber auch lähmen und sich verselbstständigen.

Anrede,

Simple Rezepte auf schwierige Fragen gibt es in den wenigsten Fällen.

Anrede,

Auf keinen Fall sollten wir Wählergruppen vorzeitig aufgeben, beschimpfen, den Draht abreißen lassen.

Wir dürfen heikle Themen nicht Protestparteien überlassen!

Und wir müssen uns wehren gegen Behauptungen, die nicht auf Wahrheiten beruhen! Auch im Echoraum Internet.

Wenn sich jemand unverstanden, von der Gesellschaft abgehängt und marginalisiert fühlt,



dann liegt das Problem selten auf der Inhalts-, sondern auf der **Beziehungsebene**.

Wir sollten uns fragen, wie wir verantwortungsvoll verloren gegangenes **Vertrauen** wieder herstellen können – institutionell, aber auch ganz persönlich.

Anrede,

Denn Populismus, **Abschottung** nach außen, Protektionismus und die Spaltung der eigenen Gesellschaft sind keine Antworten auf die drängenden Probleme von Gegenwart und Zukunft.

Sie gefährden den inneren und äußeren **Frieden** und vieles von dem, was in den vergangenen Jahren erreicht und geschaffen wurde.

Wir Christdemokraten stehen für eine freie, offene, solidarische und pluralistische Gesellschaft, in der sich die **Starken** entfalten können, aber **niemand schutzlos** zurückgelassen wird.

2. Parteispenden, Kontrolle und Aufklärung

I. Spenden sind für die Demokratiearbeit wichtig, sie müssen transparent sein

Zur Verantwortung gehört für mich als Parteivorsitzende auch, dass ich Ihnen über die Spendenberichte, die uns in die Schlagzeilen gebracht haben.

Klar ist: **Spenden** sind für Parteien wichtig.

Wir wie auch andere Parteien sind darauf angewiesen.

Parteienfinanzierung ist nicht automatisch illegal, sondern überlebenswichtig für unsere demokratische Arbeit, für alle Parteien.



Die CDU hat Spenden erhalten, die von dem Spender nicht ordnungsgemäß angegeben wurden. Auch wenn das für den Empfänger, die CDU, nicht erkennbar war, sind diese Gelder nicht rechtens, weil der Spender von einem Konto gespendet hat, das ihm nicht gehört.

Bis zum Zeitpunkt einer Presseanfrage mit den konkreten Hinweisen konnte die CDU Rheinland-Pfalz nicht davon ausgehen, dass es sich um weiter geleitete Spenden von Dritten handelte.

II. Die CDU hat faktenbasiert aufgeklärt

Nach dem konkreten Hinweis haben wir in unseren eigenen **Datenbeständen** recherchiert.

Wir haben zudem den **Spender** kontaktiert und nachgefragt.

Dort, wo es keine Akten wegen der 10-jährigen **Aufbewahrungsfrist** mehr gab, haben wir Banken und die Bundespartei angeschrieben, schließlich liegen die Spendenvorgänge lange Jahre zurück.

Es ist doch klar: Jeder Spendeneingang muss ordnungsgemäß verbucht werden. Dazu sind die Mitarbeiter in der Buchhaltung angehalten.

Spender erhalten auf ihren Namen eine **Spendenquittung** – deshalb wird auch immer die Zuordnung geklärt.

Wo es Fragen der **Zuordnung** gibt, wenn z.B. zwei Vornamen eines Ehepaares angegeben sind, wird dies geklärt, um entsprechend buchen zu können. Es kann immer nur einer spenden.

Die **Bundespartei** schreibt regulär alle Spender mit über 10 000 Euro Spenden an und fragt schriftlich nach, ob der Spendername stimmt und das Spendengeld ordnungsgemäß ist. Die Spende wird veröffentlicht.

Unser Rechenschaftsbericht wird von Wirtschaftsprüfern der Landes-, wie der Bundespartei geprüft.



Auch dem routinemäßigen **Schreiben der Bundespartei** mit dem Hinweis, dass der Spender auch der wahre Geldgeber sein muss laut Parteispendinggesetz, wurde nie widersprochen.

Das ist alles geschehen, gewissenhaft. Auch bei dem betreffenden Spender!

Und dennoch: Nie gab es von ihm einen Hinweis darauf, dass das Geld von woanders herkäme und weitergeleitet sei, nie ein Widerspruch!

III. Die Spenden sind guten Glaubens angenommen worden

Die Spenden sind **guten Glaubens** angenommen worden!

Dass die Spenden von einem Anderkonto kamen, war auf den Bankbelegen nicht erkennbar. Als der Spender nun im **Nachhinein** aufgrund der Presseberichte und unserer Nachfragen dazu uns erklärte, er hätte die zwei Spenden vor sechs Jahren an den Landesverband im Auftrag eines Mandanten weitergeleitet, da mussten und da haben wir sofort gehandelt. Denn Weiterleitungen sind nicht erlaubt.

Der CDU-Landesverband hat das Geld der beiden Spenden, 9500 und 9000 Euro, an die Bundestagsverwaltung überwiesen.

Das gilt auch für die Spenden, die an den Kreisverband Cochem-Zell gingen.

Cochem-Zell und der Landesverband haben proaktiv recherchiert und aufgeklärt.

Anrede,

Und es ist schon erstaunlich, was die SPD meint, auch mir unterstellen zu müssen.

Ich soll mich für angebliche Spenden aus dem Jahr **1968** rechtfertigen.

Liebe SPD, ich bin zwar nicht mehr die Jüngste, aber 1968 - da war ich wirklich noch nicht geboren!



Unser Landesschatzmeister Peter Bleser wird in seinem Bericht noch weitere Anmerkungen machen.

Peter Bleser, der das Amt seit **zehn Jahren** innehat und der mit seiner Arbeit unseren Landesverband wieder auf finanziell solide Füße gestellt hat, hat erklärt, dass er für dieses Amt heute nicht mehr antreten wird.

Du sagtest, dass mit den Spekulationen über Deine Person auch die Partei Schaden nehmen würde. Das willst Du verhindern.

Lieber Peter, ich respektiere Deinen Wunsch, und ich möchte mich bei Dir bedanken für Deine Arbeit und Deinen Einsatz.

IV. Vorschlag eines neuen Schatzmeisters und einer Arbeitsgruppe

Liebe Freunde, ich werde Ihnen nachher einen neuen **Landesschatzmeister** vorstellen, es wird Winfried Görgen sein.

Er ist studierter Volkswirt,
war Leiter des **Stiftungszentrums** im Bistum Trier.

Herr Görgen betreute und verwaltete bis zu seinem Ruhestand die rund 50 Stiftungen – mit allem, was auch spendenrechtlich dazugehört.

Bodenständig und gewissenhaft.

Anrede,

Und weil wir nicht wollen, dass sich gerade auch die ehrenamtlichen Schatzmeister in den Kreisen einem Risiko aussetzen, weil wir nicht wollen, dass sich solche Vorgänge wiederholen, müssen wir schauen, was wir aus dem **Erlebten lernen** können.



Keine Partei kann zu 100 Prozent ausschließen, dass ein Spender falsche Angaben macht. Um uns aber für die Zukunft vielleicht über das Bisherige hinaus absichern zu können, will ich die **aktuelle Praxis überprüfen** lassen.

Ich habe meinem Vorstand vorgeschlagen, und ich bin dankbar, dass er sich hinter die Idee gestellt hat, eine **Arbeitsgruppe** einzusetzen. Sie wird sich die genauen Abläufe einmal grundsätzlich anschauen vor dem Hintergrund des Erlebten und wenn möglich, Vorschläge zur Prävention und Optimierung machen. Auch zum Selbstschutz der einzelnen Kreisverbände.

Ich werde alle Kreisschatzmeister einladen, und wir holen uns auch **externes Expertenwissen dazu, um die Prozesse** durchzugehen und zu beleuchten.

Wir werden auch allen Kreisen noch einmal ein **Schulungsangebot** machen, weil wir den Anspruch haben, ordentlich zu arbeiten, weil wir das Risiko, trotz gewissenhaften Vorgehens doch etwas zu übersehen, minimieren wollen.

3. Ampelregierung: Kleinester gemeinsamer Nenner, größter landesweiter Schaden

Anrede

Ordentlich arbeiten, das gilt auch für uns im **Landtag**.

Vor der Wahl hat die FDP heftig gegen Rot-Grün gewettert.

Um direkt nach der Wahl das Sauerstoffzelt für genau diese Politik zu sein.

Wahlversprechen der FDP landeten im Reißwolf

Vor der Wahl:

FDP: Die Polizei braucht 1000 Stellen mehr.

Nach der Wahl:

FDP: Polizei ist gut ausgestattet.



Die Realität: Rheinland-Pfalz hat die geringste Polizeidichte pro Einwohner in ganz Deutschland

Vor der Wahl:

FDP: Energieagentur wird abgeschafft, weil überflüssig.

Nach der Wahl:

FDP: Energieagentur kann bleiben.

Die Realität: Die Energieagentur verpulvert weiterhin jährlich vier Millionen Euro für Beratungen, die in den Kommunen schon längst laufen.

Vor der Wahl:

FDP: Maghrebstaaten müssen zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

Nach der Wahl:

FDP: Ausweitung ist nicht nötig.

Die Realität: Die FDP unterstützt die Blockadehaltung der rheinland-pfälzischen Landesregierung im Bundesrat.

Vor der Wahl:

FDP: Öko und konventionelle Landwirtschaft dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden.

Nach der Wahl:

FDP: Ökologische und konventionelle Landwirtschaft sind formal zwei grundverschiedene Bereiche.

Die Realität: Öko und konventionelle Landwirtschaft werden erstmals auf zwei Ministerien aufgeteilt.

Die Ampel ist der kleinste gemeinsame politische Nenner für dieses Land. Wie bei jeder Ampel fällt die **Gelbphase eher nicht ins Gewicht**. Und so regiert Rot-Grün in Mainz munter weiter.

Denn wenn nur noch der kleinste gemeinsame Nenner zählt, kommt größter landesweiter Schaden dabei raus.



Verkehr

Gerade für ein Flächenland ist eine moderne Infrastruktur Voraussetzung für die Ansiedlung von Betrieben, Grundlage für Arbeitsplätze, aber auch entscheidend für die Lebensqualität in der Fläche.

Gerade im **Pendlerland** Rheinland-Pfalz sind viele Berufstätige auf moderne Verkehrsverbindungen angewiesen.

Laut Landesrechnungshof sind ein Drittel der Straßen in „marodem“ Zustand. Der Investitionsstau liegt bei rund einer Milliarde Euro.

Und trotzdem schafft es die Landesregierung nicht einmal, bereitstehende Bundesmittel abzurufen und ins Land zu holen.

Vor der Wahl hieß es: Wir bauen.

Nach der Wahl: Wir schauen.

Planungen werden in Auftrag gegeben.

Doch weil sich die Koalitionspartner gegenseitig blockierten, sind die **Planungsgültigkeiten** nach und nach verfallen.

Hunderttausende Euro zum Fenster raus.

Die Regierung spricht von „Erhalt vor Neubau“.

Doch schon den Erhalt der Landstraßen hat Rot-Grün in der vergangenen Wahlperiode nicht geschafft! Stattdessen galt: Verfall vor Erhalt!

Und der **Landesbetrieb Mobilität** hat zu kämpfen.

Er ist für die Planung, den Bau, die Sanierung unserer Straßen zuständig.

Doch es fehlt Personal.

Um die 180 Stellen will die Regierung dort streichen – ein Fehler, denn was hilft es, wenn es Geld vom Bund gibt, aber die **Kapazität** fehlt, um es zu verbauen und somit Zukunftschancen sichtbar zu machen?



Und es ist durchschaubar, mit welchem Engagement die Landesregierung versucht, die Kosten für ihre eigenen Landesstraßen durch **Abstufungen zu Kreisstraßen** den Kommunen aufs Auge zu drücken – das ist unanständig.

Stattdessen hat die Ministerpräsidentin beim Geldausgeben andere **Vorlieben**:

- Für die Karl Marx-Ausstellung stellt sie gerne mal vier Millionen zur Verfügung.
- Hohe Summen werden ausgegeben, damit Rheinland-Pfalz **Wolfserwartungsland** wird. Mir wäre ein Zukunftsgestaltungsland Rheinland-Pfalz lieber.
- Millionen für eine überflüssige **Energieagentur** stehen auch bereit.
- Ein zusätzliches Ministerium, das laut Experten 20 Millionen in der Legislaturperiode mehr kosten wir, damit sich die Ampel wohl fühlt, ist auch drin gewesen.
- **Aber kein Geld für die nachhaltigen Investitionen in den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Rheinland-Pfalz!**
- Es kommt eben auf die Prioritätensetzung an.

Das gleiche, verheerende Bild beim Blick auf die digitale Karte von Rheinland-Pfalz.

Breitband

Gut, dass wenigstens der Bund Geld in die Hand nimmt und den Breitbandausbau vorantreibt. Das Programm trägt die Handschrift der Union und wird die Versorgung gerade in den bisher vernachlässigten Gebieten von Rheinland-Pfalz verbessern.

Die Landesregierung war beim Breitbandausbau jahrelang **offline**.

Nun gibt es **Anschlussprobleme**.

Ein schlüssiges Finanzierungskonzept fehlt.

Da helfen auch keine Digitalisierungsstrategien, Digitalisierungsräte oder

Digitalisierungskabinette! **Von theoretischen runden Tischen ist noch kein Meter Glasfaserkabel verlegt worden!**



Viele ländliche Regionen fallen ab, in der Westpfalz, im Westerwald, Hunsrück, Eifel, viele **Gewerbegebiete** sind unterversorgt. In anderen Bundesländern läuft der Ausbau von schnellem Internet auf Hochtouren.

Flughafen Hahn

Der Flughafen Hahn ist vor Jahren nicht auf die Beine gestellt worden, damit er irgendwann mit einer **Millionen-Mitgift** aus der Staatskasse und mit Unsicherheiten für Mitarbeiter und Region an einen dubiosen „Investor“ verscherbelt wird.

Dass es soweit, zum Notverkauf, kommen musste, ist allein dem Regierungshandeln von Hr. Beck und Fr. Dreyer geschuldet!

Und dabei hatte die Ministerpräsidentin die Verträge für den Notverkauf schon längst vor der Wahl ausverhandelt. Heimlich. So machte das auch Kurt Beck.

Ein blauäugiger Deal – mit einer Firma, die selbst in China keiner kennt, hat das Image unseres Landes ramponiert. **Es steckt viel Nürburgring im Hahn!**

Die CDU ist nicht per se gegen einen Verkauf des Flughafens – alleine schon deshalb nicht, weil diese SPD-geführte Landesregierung deutschlandweit das beste Beispiel dafür bietet, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist

Aber wir sind mehr als skeptisch bei einem Verkauf

um jeden Preis, bei dem noch Millionen mitgegeben werden,
mit einem Blankoscheck, ohne konkretes Konzept,
mit ungewisser Zukunft für Mitarbeiter und Region!



4. Unsere Schwerpunkte - Orientierung geben

Unsere christdemokratische Politik setzt

- auf Sicherheit und Verlässlichkeit für die Bürger, nach innen wie außen,
- auf eine Integrationspolitik, die fördert und zugleich fordert,
- auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sichere Arbeitsplätze,
- auf vergleichbare Bildungsqualität,
- auf eine Haushaltspolitik, die den kommenden Generationen nicht die Luft zum Atmen nimmt.
- auf eine Politik, die die Alten und Schwachen, nicht nur die, die auf der Überholspur sind, im Blick hat.
- Wir verbinden individuelle Freiheit und sozialen Ausgleich.

Anrede,

Deutschland ist eines der freiesten und reichsten Länder der Welt.

Uns geht es so gut wie nie zuvor.

Dennoch: Unsere **Gesellschaft ist polarisiert.**

Hier müssen wir mit klaren Botschaften Orientierung geben, unterscheidbarer sein.

Wir wollen mit Zuversicht die Zukunft gestalten, wo andere der Vergangenheit nachtrauern.

Wir Christdemokraten in Rheinland-Pfalz wollen uns auf die Felder konzentrieren, die die unsere Bürger besonders beschäftigen:

- **Recht und Sicherheit,**
- **Wirtschaft und Arbeit,**
- **Familie und Pflege!**



I. Sicherheit, Recht und Ordnung

Fragen treiben uns doch alle um:

- Wie kann verhindert werden, dass in Zukunft erneut so viele **Flüchtlinge** nach Deutschland kommen wie im letzten Jahr und Deutschland sich zugleich seiner **humanitären Verantwortung** stellt?
- Wie kann die **Integration** so vieler neuer Mitmenschen gelingen, die eine Bleibeperspektive haben?
- Welche **Gesellschaft** wollen wir künftig sein? Und welche gerade nicht?
- Wie wollen wir **Gewalt**, Hetze - links- wie rechtsextreme - zurückdrängen?
- Wie bekämpfen wir die Bedrohung durch den **Terrorismus**?

Sicherheitskräfte: Die schützen, die uns schützen

Eine heterogener gewordene Gesellschaft erfordert mehr Einsatz für die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung.

Wir müssen aber auch bei der Bekämpfung vermeintlicher **Alltagskriminalität** konsequenter arbeiten.

In Rheinland-Pfalz werden Taschen- oder Ladendiebstahl verzögert bearbeitet oder gar nicht. In Koblenz mussten zwei Drogendealer auf freien Fuß gesetzt werden, weil ihnen nicht rechtzeitig der Prozess gemacht werden konnte – es fehlte an Richtern!

In Rheinland-Pfalz sind Gerichte und Staatsanwaltschaften schlichtweg überlastet.

Nach Angaben des Richterbundes fehlen bereits jetzt mindestens 74 Richter und 23 Staatsanwälte.

Damit gefährdet Frau Dreyer nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Gerichte.

Sondern auch das Vertrauen der Bürger in die Rechtspflege.

Wir brauchen eine starke Justiz, die Freiheit und Rechte schützt.

Dafür steht die CDU!



Wir müssen diejenigen stärken, die im Alltag für Sicherheit, Ordnung und Vertrauen sorgen. Dazu gehören Polizisten, Richter, Rettungskräfte, aber auch Lehrkräfte, Bademeister oder Busfahrer.

Es geht darum, die Polizei entsprechend auszustatten und Gerichte in die Lage zu versetzen, zügiger und effizienter zu arbeiten.

Wer beispielsweise als vielfacher Wiederholungstäter bei Diebstahl oder Gewalt auffällt, dem muss man sofort klarmachen:

Du hast Mist gebaut.

Der braucht einen konsequenten und schnellen Gesetzesvollzug.

Zwischen Tat und Bestrafung dürfen nicht Monate und Jahre vergehen!

Migration und Asyl

Wenn wir **Akzeptanz** für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland erhalten wollen, müssen wir schneller und besser zwischen den Personen trennen, die wirklich schutzbedürftig sind und denen, die aus anderen, vorwiegend wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen.

Daher fordern wir SPD und Grüne auf, endlich die **Blockade im Bundesrat** zu beenden und auch Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären.

Und bei Asylbewerbern, die keinen Pass dabei haben und sich weigern, dabei mitzuhelfen, ihre Identität festzustellen, kann das nicht folgenlos bleiben für das Asylverfahren. **Es ist nicht zu viel verlangt, seine Herkunft ehrlich anzugeben.**

Religion und Fundamentalismus

Es gibt die Frieden stiftende Kraft der Religionen.

Es gibt Hass gegen Religionen.

Es gibt Gewalt im Namen der Religionen.



In Rheinland-Pfalz gehen die Sicherheitsbehörden von rund 570 Islamisten aus.

Etwa ein Viertel von ihnen werden als **Salafisten** eingestuft.

Als gewaltbereit gelten 40 **Islamisten**. Wir müssen damit rechnen, dass die **Radikalisierung** junger Muslime weitergeht. Wir brauchen eine stärkere Debatte um die Eindämmung von Extremismus und Gewalt.

Die SPD-Integrationsministerin Frau Özoguz ist übrigens „skeptisch“ gegenüber **anti-islamistische Razzien**. Sie hatte bei Aktionen – wie der aktuellen Durchsuchung – gegen Islamisten „Augenmaß“ gefordert.

Dieses Verständnis gegenüber Islamisten ist absurd. Wer die konsequente Verfolgung von Fundamentalisten und Verfassungsfeinden mit fehlendem Augenmaß des Staates und der Polizei geißelt, ist fehl am Platz.

Wenn eine Integrationsministerin Toleranz gegenüber Intoleranz aufbringt, ist das ein falsches Verständnis von Integration. Ich habe den Eindruck, Frau Özoguz selbst hat das Augenmaß verloren.

Und Frau Dreyer? Sie hatte noch zu Beginn des Jahres in der Berliner Pressekonferenz mit Frau Özoguz einen **so genannten Integrationsplan** vorgestellt und sich als Fan der Ministerin bezeichnet.

Nun fragen wir uns: Teilt die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin auch diese Sichtweise ihrer Parteigenossin, mit der sie den so genannten Integrationsplan entworfen hatte? Wir jedenfalls nicht!

Unsere Haltung ist auch hier klar: Politische Einflussnahme aus dem Ausland auf Deutschland unter Berufung auf die Religion können wir nicht akzeptieren. Schon gar nicht, wenn sie gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung wirken.



Integration

Gerade eine vielfältige plurale Gesellschaft braucht auch nach innen Grenzen und Ordnung, um Freiheit zu ermöglichen und die Prinzipien unseres **Zusammenlebens** zu verteidigen.

Zu diesen **Prinzipien** zählen unverhandelbar

- die Würde jedes einzelnen Menschen,
- die Meinungs- und die Religionsfreiheit,
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau,
- Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten.

Die gesellschaftliche Integration von Migranten ist **millionenfach gut gelungen**, aber eben auch in vielen Fällen, insbesondere bei Migranten aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum, leider zu wenig.

Zu viele leben in **Parallelgesellschaften**. Sie halten ihren Glauben und ihre Tradition für nicht vereinbar mit unseren westlichen Werten.

Aber da darf es keine falsch verstandene Toleranz aus kulturellen oder religiösen Gründen geben. An der Stelle ist Multi-Kulti gescheitert:

- Die **Diskriminierung** oder Abwertung von Frauen oder Ethnien, von Andersgläubigen oder Homosexuellen akzeptieren wir genauso wenig wie Antisemitismus.
- Unsere **Gesetze** stehen über Ehrenkodex, Stammes- oder Familienregeln und der Scharia.
- Der Besuch der **Schule** und des **Sportunterrichts** ist Pflicht für Jungen wie für Mädchen.
- Unsere offene Gesellschaft lebt von der Begegnung und der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. **Vollverschleierung** ist der in Stoff ausgedrückte Unwille zur Integration. Und wenn ein Mann dem Anblick einer Frau nicht gewachsen ist, sollte ER eine Augenbinde tragen.



Nicht SIE eine Verschleierung! Ich bleibe dabei: Wir müssen die Vollverschleierung verbieten! Nachher werden wir dazu einen **Antrag** beraten.

- **Kinderehen** müssen konsequent verboten bleiben, egal, von wo die Kinder kommen – es gibt keinen Minderjährigenschutz erster und zweiter Klasse.

SPD-Integrationsministerin Özoguz hatte der Funke-Mediengruppe gesagt:

„Ein pauschales Verbot von Ehen von Minderjährigen (...) kann (...) junge Frauen ins soziale Abseits drängen.“

Ich frage mich, wo lebt diese Frau denn eigentlich? Wer als 14-Jährige in eine Ehe mit einem 40-Jährigen gedrängt wird, ist bereits im sozialen Abseits.

Ich frage mich, woher dieses **laute Schweigen der rot-grünen Feministinnen** rührt. Diese gehen für eine gender-gerechte Sprache auf die Straße, aber Kinderehen und Vollverschleierung tun sie als kulturelle Vielfalt ab!

Und lassen Sie mich noch eines sagen:

Sich nur an Recht und Gesetz halten, das allein ist noch keine gelungene Integration.

Das muss auch jeder Tourist.

Es geht um den Willen, Teil unserer Gesellschaft zu werden, sich einzubringen und sich für sich und für andere zu engagieren.

Hier zu arbeiten und teilzuhaben.

II. Wirtschaft, Arbeit und Bildung

Und diese Leistung muss sich auch lohnen –

diese einfache Wahrheit hat nichts an Aktualität eingebüßt. **Nur wer darauf vertrauen kann, dass er etwas von seiner Leistung hat, strengt sich an.**



Deshalb wollen wir Freiheit ermöglichen, gesellschaftlichen **Fortschritt** fördern und die Lust an Regulierung und Umverteilung begrenzen. Auch das ist aktive Wirtschaftspolitik!

Leistungsfähiges Handwerk, Mittelstand, Familienunternehmen sind eine entscheidende Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges und unserer gesellschaftlichen Stabilität. Wer **Arbeitsplätze** schafft, arbeitet nicht nur für seinen eigenen Erfolg, sondern dient dem Gemeinwohl unseres Landes.

Wir sollten dabei die Steuern für die arbeitende Mittelschicht spürbar senken.

Facharbeiter, Polizisten und Krankenschwestern, also diejenigen, die "den Laden am Laufen" halten, sollen mehr von ihrem Lohn behalten.

Deutschland hat sich zu einer führenden Region für **Gründer** und junge Wachstumsunternehmen entwickelt.

Hier muss Rheinland-Pfalz besser werden. Auch dazu werden wir nachher über einen **Antrag** des Landesvorstandes beraten.

Die **Digitalisierung** verändert unsere Arbeitswelt schnell und tiefgreifend.

Auch die damit verknüpften Ängste und Sorgen gehören auf den Tisch.

Immer neue Anforderungen an Kompetenzen, die Entwertung des Gelernten und die Angst vor dem Jobverlust können ein düsteres Bild der Arbeit von morgen zeichnen.

Wir wollen aber die Chancen nutzen, Risiken abwenden.

Gerade im Wandel brauchen wir doch alle Sicherheit und Verlässlichkeit.

Bildung

Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg sind gute Schulen und Bildung.



Deshalb:

- Die **Realschulen**, die eine solide Grundbildung vermitteln, sind zu stärken.
- Die **berufsbildenden Schulen**, die Bildungsaufstieg und Praxiswissen möglich machen, brauchen unsere Unterstützung – darum beneidet uns die ganze Welt.
- Die **Gymnasien** müssen ihr Profil behalten: Die Befähigung zur allgemeinen Hochschulreife.

Keine Relativierungen!

Erste Vorboten sehen wir aber bereits: Bei der jüngsten **Bildungsstudie** der Kultusministerkonferenz erreichen in Rheinland-Pfalz anteilig viel weniger Schüler als im Bundesdurchschnitt die Spitzengruppen.

Wir brauchen eine Qualitäts- und Inhaltsdebatte!

In unserem Bundesland werden Inhalte immer weniger fachbezogen unterrichtet, sondern zunehmend zu Fächergruppen zusammengelegt. Damit fallen oftmals wichtige Lehrplaninhalte hinten runter.

Die Landesregierung lässt unsere **Schulen** hängen, sie aber stemmen die Hauptlast

- der Inklusion,
- der Flüchtlingsintegration,
- der Förderung leistungsschwacher Schüler.

Ideologie bei der Schulpolitik – das hat schwerwiegende Langzeitfolgen!

III. Familie, Gesundheit und Pflege

Die Eltern in Rheinland-Pfalz leisten Großartiges - für ihre Kinder und damit für die Gesellschaft. Dafür haben Sie Dank und Anerkennung verdient.



Es stört mich an der familienpolitischen Debatte, dass wir so tun, als könnten Eltern keine drei Schritte mehr alleine gehen und als wüsste der Staat immer alles besser. Eltern haben Unterstützung und kein Misstrauen verdient!

Zu den **Familien im Ampel-Koalitionsvertrag** heißt es:

„Wir stehen zu einem modernen und weitreichenden Familienbegriff, der auf dem Wesen der Verantwortungsgemeinschaft aufbaut, unabhängig von Lebenslagen, Lebensformen, Alter, Geschlecht, Behinderungen, ethnischer Herkunft, Religion oder sexueller Identitäten.“

Anrede,

neben der sinnfreien Aufzählung von Substantiven (z.B. Behinderung, Alter oder ethnische Herkunft - wer hat denn je behauptet, dass sie Familie ausschließen?) fällt auf, dass **weder der Begriff Eltern noch der Begriff Kinder auftaucht.**

Die Familie wird auf eine reine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Menschen reduziert, die sonst keine weitergehende Beziehung zueinander haben müssen.

In diesem Sinne sind auch die Kita oder der lokale SPD-Ortsverein eine Familie.

Anrede,

Gute Bedingungen für Familien sind gute Bedingungen für uns alle.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Ehegattensplitting schrittweise um ein Familiensplitting ergänzt wird.

Pflege

Familien sind es auch, die die **Hauptverantwortung** in Fragen der Pflege leisten.

Alle Bürger sollten bis ins hohe Alter ein erfülltes Leben führen können. Für ihren Lebensalltag hat das lokale Umfeld eine besondere Bedeutung.



Dabei geht es vor allem um die gesundheitliche Versorgung, pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld. **Landesweit müssen wir stärker Altenhilfestrukturen planen, auf- und auch ausbauen.**

Eine gute medizinische Versorgung wird in Rheinland-Pfalz leider eine Frage des Wohnortes.

Die Landesregierung enthält schon heute den kleinen Krankenhäusern im ländlichen Raum die notwendigen Mittel für Investitionen.

Seit vielen Jahren warnt die CDU und mit ihr die CDU-Landtagsfraktion vor einem absehbaren **Pflegenotstand** in unserem Land. (2013 lag die Pflegequote der Bevölkerungsgruppe der 75- bis 80-Jährigen bei 9,8 %. Bereits in der Bevölkerungsgruppe der 80- bis 85-Jährigen ist ein deutlicher Anstieg der Pflegequote auf 21,0 % festzustellen. Bei den 90-Jährigen und Älteren ist mit 64,4 % mehr als die Hälfte pflegebedürftig.)

In den nächsten 15 Jahren wird fast jede dritte Fachpflegekraft aus dem Beruf ausscheiden und das bei einem deutlich zunehmenden Bedarf.

Wir gehen auf einen dramatischen Pflegenotstand zu.

Zum Schuljahr 2015 / 2016 blieben hier im Land **300 Ausbildungsstellen** unbesetzt.

Die Landesregierung hat die Entwicklung nicht wahrnehmen wollen, zieht sogar noch **Fachpflegekräfte aus der Pflege mit der Arbeit als Gemeindeschwester plus heraus**. Das bekommen die Pflegebedürftigen zu spüren.

Wir haben nun erneut eine große Anfrage hierzu auf den Weg gebracht.

Wir werden im kommenden Jahr einen Gipfel zum Pflegenotstand einberufen. Wir bleiben am Thema dran!



5. Schluss

Anrede,

„Wir in Rheinland-Pfalz – Das ist unser gemeinsamer Weg.“

Für uns Rheinland-Pfälzer wird es dann ein erfolgreicher Weg für die Bundestagswahl mit Angela Merkel, der CDU und der CSU zusammen, wenn wir uns richtig aufstellen:

- wenn wir einen klaren Kurs fahren,
- glaubwürdig bleiben,
- die Menschen ernst nehmen und ihnen Orientierung bieten,
- die Kommunen stärken,
- Probleme anpacken und konkrete Lösungen erarbeiten
- und zu unseren Positionen stehen.

Liebe Freunde, ich will auch sagen, dass mich die große Solidarität meiner Fraktion, des Landesvorstandes, der vielen Mitglieder und Bürger sehr berührt hat – der Wunsch, dass ich Fraktion und Partei geordnet zusammenhalte und führe.

Das will ich tun.

Und ich will auch das fortführen und weiterentwickeln, was wir auf unserem Weg vor fünf Jahren begonnen haben:

- **Eine stärkere Nachwuchsförderung:** auch im kommenden Jahr wollen wir wieder landesweit fast 100 junge Politik-Talente fördern.
- **Eine individuelle Ansprache von Zielgruppen:** unseren Ladies Lunch zum Beispiel werden wir fortsetzen.
- **Eine offene und lebendige Diskussionskultur für Mitglieder:** in Maria Laach haben wir daher beschlossen, uns im kommenden Jahr mit Grundsatzdebatten inhaltliche Leitlinien zu geben.
- Ich will stärker die **Themen regionalisieren**, dort, wo Sie wohnen.

Regionale Identität, regionale Themen und regionale Ansprache – das werden die Wegweiser sein, die uns in den kommenden Jahren leiten.



Und was mir besonders wichtig ist:

Wir brauchen einen noch intensiveren Dialog mit unseren Vereinigungen und Sonderorganisationen. **Einen Tag der Vereinigungen möchte ich mit Patrick Schnieder zusammen einführen.**

Wir nehmen jetzt Anlauf für die Bundestagswahl, für die über 50 Urwahlen im kommenden Jahr, für die Kommunalwahl und die Europawahl, die danach anstehen. **Rheinland-Pfalz braucht eine starke CDU!**

Ich will meinen Beitrag hierzu leisten, gemeinsam mit Ihnen.
Deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen.